

## Rechenschaftsbericht der BmU e.V. für 2014/2015



Nachdem wir vor einem Jahr im Anschluss an die Kommunalwahl mit den erreichten 17,7% noch unzufrieden gewesen sind, sind wir mit den daraus erarbeiteten Fortschritten für Erkrath zufrieden. Wir können jetzt auf ein für die BmU durchaus erfolgreiches Jahr zurückblicken.

Zwar haben die grundlegenden Gespräche mit der CDU viel Zeit benötigt, aber im Dezember konnte dann eine Koalition vereinbart und im Februar die verschriftlichte und bestätigte Koalitionsvereinbarung veröffentlicht werden.

Die CDU ist mit dem Wunsch, Gespräche zu führen, auf uns zugekommen. Der SPD gelang es nicht, andere Mehrheiten zu organisieren.

In die Beratung der Koalitionsvereinbarung ist nicht nur die gesamte Fraktion, sondern die gesamte Wählergemeinschaft auf ihrer Mitgliederversammlungen einbezogen worden. Die Koalition wurde mit großer Mehrheit verabschiedet.

Der Koalitionsvertrag enthält „viel BmU“, so auch das Feedback von Mitgliedern und aus der Bürgerschaft. Die Themen Planung, Umweltschutz, Lärmschutz, Soziales, Schule, Kinderbetreuung, Wirtschaftsförderung und Finanzen spielen dort, wie schon im „BmU-Programm 2014“ eine entscheidende Rolle.

Ein herzlicher Dank insbesondere an die Verhandlungsführer unserer Fraktion, die dieses ausgehandelt haben.

### **Stadtentwicklungskonzept verabschiedet**

Als erster Schritt konnte dann am 29. Januar das Stadtentwicklungskonzept mit einer breiten Mehrheit zusammen mit CDU und SPD im Stadtrat verabschiedet werden.

Damit hat die Stadt Erkrath zum ersten Mal eine strategische Ausrichtung für ihre Entwicklung in den nächsten Jahren. Seit 1998 hatte die BmU die Notwendigkeit des Stadtentwicklungskonzeptes gegen viele Widerstände verfolgt. Nach der Wahl 2009 konnte eine Mehrheit aus BmU, SPD und Grünen für die Erarbeitung des Konzeptes gebildet werden.

Nach beispiellos breiter Beteiligung und Identifikation der Bürger in vielen Workshops und Stadtteilkonferenzen (WZ vom 20.06.2013: „Erkrath ist wachgeküsst“) konnte allerdings eine Zeit lang keine Mehrheit für die Umsetzung des durch die Moderatoren von planlokal gefundenen Konzeptes (vgl. [www.zukunft-erkrath.de](http://www.zukunft-erkrath.de)) gefunden werden.

Nur durch die Koalition der CDU mit der BmU konnte die BmU das Vertrauen einer breiten Ratsmehrheit für das Stadtentwicklungskonzept herstellen, indem es auch als Chance zu einer nachhaltigen Finanzpolitik gesehen werden kann. Am Ende steht nun eine breite Mehrheit der drei größten Fraktionen für das Stadtentwicklungskonzept. Die Grünen haben allerdings durch den Antrag auf geheime Abstimmung verhindert, dass sich die Öffentlichkeit ein transparentes Bild davon machen kann, welches Ratsmitglied nun wie abgestimmt hat.

Erkrath hat jetzt ein durchstrukturiertes Konzept und eine strategische Ausrichtung für die nächsten 15–20 Jahre mit 60 konkreten Projektvorschlägen, von denen einige bereits begonnen wurden.

Erklärtes Ziel ist es, mit diesem Konzept die Chance zu ergreifen, die Entwicklung der Stadt in den Themenbereichen Familienfreundlichkeit, Attraktivität für alle Generationen, Finanzen und Wirtschaft, Schulen, Bebauung, Umwelt, Soziales, Integration u.a. voranzubringen und so auch auf die Herausforderungen des demografischen Wandels angemessen zu reagieren. Es zeigt sich: der lange Atem der BmU hat sich gelohnt.

Ablehnung fand das vorgelegte Konzept weiterhin bei den Grünen, die die Betrachtungen sämtlicher Flächen aus dem Papier gestrichen haben wollten. Die Grünen gehen davon aus, dass alle der im Stadtentwicklungskonzept betrachteten Flächen, das sind bis zu 31 h zusätzlich, bebaut würden. Das ist natürlich Unsinn. Nach einem Bewertungsverfahren sind die ökologisch wertvolleren Flächen erst gar nicht mehr Teil des Stadtentwicklungskonzeptes. Es handelt sich um einen Planungsrahmen, innerhalb dessen sich die Notwendigkeit und die Verfügbarkeit der Flächen erst noch zeigen müssen. Auch die BmU will die unversiegelten Außenflächen möglichst bewahren und daher im Sinne des beschlossenen Konzeptes das Hauptaugenmerk auf die Innenentwicklung (etwa 19 ha) setzen. Für die BmU bedeutet „Nachhaltigkeit“ sowohl Landschafts- und Umweltschutz, aber auch eine solide Finanzpolitik. Hier bleiben die Grünen Antworten schuldig, wie und wo gewerbesteuerstarke Betriebe angesiedelt werden können und wie der Haushalt der Stadt künftig ausgeglichen werden kann, eine reine Forder- und Schuldenpolitik ist sicher nicht nachhaltig.

Bereits 2011 hatte sich die BmU für die Ansiedlung eines Großinvestors eingesetzt und sich zu dem Kompromiss entschlossen, diesem für eine zukünftige Erweiterung eine Fläche auf der Neanderhöhe zwischen der vorhandenen Bebauung Wertstoffhof und Tankstelle

zusammen mit der CDU zuzusagen. Alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen haben die Ansiedlung dieses Unternehmens begrüßt, aber nur ein Teil hat die dazu notwendige Verantwortung übernommen. Ein vernünftiger Kompromiss zwischen Umweltschutz und Finanzen.

Auf breiter Front sieht die Stadt sich bei defizitärem Haushalt notwendigen Mehrausgaben im Schul- und Sozialbereich, in der Infrastruktur (Feuerwehr, Hauptstraße, W-LAN, Breitband) gefordert und auch die Stiftung Bruchhausen ist unterfinanziert.

Die Null-Toleranz Flächenpolitik der Grünen führt in den Nothaushalt, bei welchem die Ausgaben für Soziales, Schule und Infrastruktur auf das Existenzminimum zurückgeführt werden und in welchem kein Spielraum bleibt, langfristig freiwillige Aufgaben im Naturschutz zu unterstützen.

Die Stadt Erkrath hat jetzt mit dem Stadtentwicklungskonzept einen Planungskorridor für die nächsten 15–20 Jahre.

Und das ist ein großer Erfolg für die Stadt.

### **Projekt „Soziale Stadt“ auf den ersten Weg gebracht – BmU pro Sandheide**

Die BmU hat sich als erste Fraktion für den Neubau der Grundschule Sandheide eingesetzt. Mit dem Programm Soziale Stadt können auch diese Absicht und weitere Projekte des Stadtentwicklungskonzeptes der Realisierung näher rücken. Die BmU hat wesentlich an der Mehrheitsbildung im Stadtrat für das Programm Soziale Stadt mitgewirkt.

Der HFA und der Rat haben den ersten Schritt, die Erstellung einer Kurzepertise für eine Bewerbung, auf den Weg gebracht.

Das Projekt bietet die Chance, besonders auch den Stadtteil Sandheide zu stärken, den Förderbedarf dort, aber auch im Umfeld, zu finanzieren und die Grundschule den Erfordernissen anzupassen.

Die BmU hat durchgesetzt, dass alle Entscheidungskompetenzen zum Programm Soziale Stadt auf den AKS übertragen wurden. Je nach Ergebnis der Kurzepertise wird dort entschieden, wie es weitergeht. Einer Entscheidung des AKS auf einer von CDU und BmU beantragten Sondersitzung, das Integrierte Handlungskonzept zu beantragen, steht nichts im Wege.

## **Straßenreinigung kommt ab 2016 wieder in städtische Hand – damit sind auch Verbesserungen im Winterdienst möglich**

Straßen NRW und Kreis weigern sich, Erkrath für die Eis- und Schneeräumung auf den Land- und Kreisstraßen zu bezahlen, sie bieten das Räumen durch eigene Fahrzeuge an. Da der Kreis allerdings nur 2 Fahrzeuge insgesamt hat und die von Straßen NRW in der Region Velbert stationiert sind, bleibt Erkrath nichts anderes übrig, als auch weiterhin kostenlos für Land und Kreis die Arbeit zu tun, um ein Verkehrschaos zu verhindern und für die Bürger ein sicheres Vorankommen zu sichern. Daher ist der Vorschlag der Verwaltung, weitere Straßen Erkraths ins Räumprogramm zu nehmen so zunächst nicht umsetzbar.

Hier kommt aber nun eine von der BmU vor Jahren initiierte Überprüfung der Übernahme der Straßenreinigung wieder in städtische Hand ins Spiel: Nachdem das Gutachten ergeben hatte, dass sich diese Rekommunalisierung für Erkrath und seine Bürger finanziell lohnen würde, wurde das vom Rat im Dezember dann auch entsprechend beschlossen.

Praktischer Nebeneffekt, dass die städtische Straßenreinigung im Winter den Winterdienst verstärken kann und somit dann auch Straßen geräumt werden können, die bislang nicht berücksichtigt waren. – Das macht doch mal Sinn!

## **Unterstützung der Inklusion an Erkrather Schulen**

Eine Bemerkung zu einer Meldung in der Presse „CDU Erkrath treibt Inklusion voran“: Dass die BmU es 2014 war, die das Thema Finanzierung von Inklusionshelfern in den Schulen überhaupt auf die Tagesordnung und in die Haushaltsplanberatungen gebracht hat, wurde in der Presse nie erwähnt.

Wir freuen uns aber, dass die Unterstützung der Schulen beim Thema Inklusion in Erkrath politisch nun auf eine breite Basis fällt. Das Land hält sich mit der Unterstützung der Inklusion (u.a. durch ausreichend Förderschullehrer an den Regelschulen) nämlich leider sehr zurück, so dass auch hier wieder die Kommune das Portemonnaie zücken darf.

## **Tagespflege – Erhöhung der Stundensätze**

Ohne die Elternbeiträge (die seit 2008 konstant sind) zu erhöhen, hat der JHA bei seiner nächsten Sitzung die Mittel im Haushalt erhalten, die Stundensätze der Tagesmütter und –väter um 8% anzuheben.

Die BmU unterstützt seit Jahren, dass die Tagespflege in Erkrath zuverlässig organisiert und fair bezahlt wird. Die Tagesmütter und –väter bieten ein qualitatives und flexibles U3-

Kinderbetreuungssystem, dessen Existenz auch finanziell gesichert sein muss.

### **Zentrale und faire Vergabe von Betreuungsplätzen in den Kitas kommt**

Bereits 2012 hatte die BmU das Thema einer zentralen Kita-Platzvergabe auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses gebracht. Nun hat es der JHA am 30.4.2015 einstimmig verabschiedet. Viele Nachbarstädte haben mittlerweile positive Erfahrungen mit dem Online-Vergabeverfahren gemacht.

Die Vergabe der Kita-Plätze hatte in den vergangenen Jahren bei den betroffenen Eltern und Einrichtungen in Erkrath zum Teil für großen Unmut gesorgt, da beispielsweise Einrichtungen ihre Zu- oder Absagen weit vor dem vereinbarten Termin verschickt hatten. Auch sahen Einrichtungen, welche sich an den Termin gehalten hatten, in diesem Prozedere Schwierigkeiten für die eigene Planung. Zudem versäumen es Eltern mitunter, einer Einrichtung mitzuteilen, dass das Kind in einer anderen Kita angenommen und angemeldet worden ist.

Durch das neue Verfahren können für alle Beteiligten die Planungsgrundlagen verlässlicher und fairer gestaltet werden, die Kita-Leitungen und die Verwaltung können bei der Vergabe den Aufwand verringern und die Eltern müssen ihre Daten nur einmal angeben und bekommen alle gleichzeitig die Benachrichtigung. Auch weiterhin entscheiden die Einrichtungen selber über Aufnahme oder Ablehnung, hier greift das Programm nicht in die Praxis und die Hoheit der Kitas ein. Die Eltern können bei der Anmeldung bis zu 3 Kitas mit der Priorität 1-3 angeben.

### **Stellungnahme der Stadt Erkrath zum Regionalplan**

#### **– BmU: Ökologie und ökonomische Aspekte zusammen sehen**

Mit den Stimmen der BmU sind die Flächen Neanderbogen, Kleines Bruchhaus, 10 Morgen, nördlich Peter-Rosegger-Str., Teile Hochdahl Ost aus dem ASB (= bebaubarer Bereich) des Regionalplanes genommen werden.

Im Einzelnen hat sich die BmU gegen die Bebauung des Cleverfeldes und die Beibehaltung des Naturschutzes dort ausgesprochen.

Der Haushaltsplan zeigt zudem, dass die **Feuerwehrneubauplanungen** dort schon mit 18 Mio. teurer sind als ursprünglich (15 Mio.) prognostiziert. Die BmU weist darauf hin, dass sie von Anfang an die angeblich „billigere und schnellere Lösung auf der grünen Wiese“ bezweifelt hat. Es zeigt sich, dass diese Entscheidung von SPD und CDU nicht so schnell und günstig umzusetzen ist und der Umbau am alten Standort (unter Einbeziehung von Nachbargrundstücken) sinnvoller gewesen wäre.

Besonders irritierend ist, dass die Verwaltung schon seit längerem öffentlich erste Planungen

vorliegen hat, im Januar konnte dies z.B. auf einem Foto in der RP gesehen werden, diese der Politik aber bis heute nicht vorgelegt werden.

Die BmU hat auch einen Antrag gegen die Bebauung von **Kleines Bruchhaus** gestellt und im Fachausschuss durchgesetzt.

Die BmU betont, dass sie sich entgegen einer Pressemitteilung der „empörten“ Grünen, keinesfalls für eine Bebauung des **Neanderbogens** ausgesprochen hat.

Der Neanderbogen ist somit, wie auch im Stadtentwicklungskonzept, nicht als bebaubarer Bereich vorgesehen.

Bei der **Neanderhöhe** hat sich die BmU für die Beplanbarkeit eines Teiles (zwischen Tankstelle und Wertstoffhof) ausgesprochen. Die dort möglicherweise für Gewerbeansiedlung in Anspruch zu nehmende Fläche macht nur einen kleinen Teil der im derzeit gültigen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Fläche aus. Im Übrigen: noch nie sind in Erkrath die Flächenausweisungen komplett in Anspruch genommen worden. Insgesamt stellen STEK und Regionalraum einen Rahmen dar, innerhalb dessen sich Notwendigkeit und Verfügbarkeit der Flächennutzung erst herausstellen muss. Die BmU hat diese Haltung seit 2012 im Rahmen der Ansiedlung von TimoCom vertreten. Sie hat eine solche Lösung auch in ihrem Wahlprogramm vertreten.

SPD und CDU haben dem von der BmU initiierten Stadtentwicklungskonzept zugestimmt. Dort ist ein klarer Schwerpunkt auf die Entwicklung von Innenflächen gelegt. Da aber besonders für die Ansiedlung neuer Betriebe keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen, hat die BmU schon vor dem Wahlkampf 2014 gesagt, dass sie bereit ist, Teile der Neanderhöhe zwischen Tankstelle und Wertstoffhof für gewerbesteuerstarke Unternehmen als „Premiumgebiet“ zu nutzen.

Die BmU hat einen Blick auf die Ökologie, ohne dabei aber die ökonomischen Aspekte aus den Augen zu verlieren. Die Grünen und insbesondere ihr Bürgermeisterkandidat R. Knitsch sind hier auch einmal gefordert, darzulegen, wie Erkrath zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen soll. Einerseits gefallen sie sich darin, in Haushaltsberatungen viele kostenträchtige Forderungen aufzustellen, andererseits sind sie nicht bereit, die Einnahmeseite der Stadt zu stärken.

## **Haushalt 2015**

Zwar hat der Jahresabschluss zu 2012 erfreulicherweise nur ein Defizit von 1,3 Mio. € statt den geplanten 6,5 Mio. € ergeben, aber dennoch muss man feststellen, dass bis 2012 33,5 Mio. und somit 15% des Eigenkapitals verbraucht worden sind. Für 2013 ist ein Defizit von 10 Mio. zu erwarten und bis 2015 werden wir wohl 51 Mio. (24%) verbraucht haben.

Die kurz- und langfristig aufgenommenen Kredite betragen über 60 Mio. €.

2015 sieht der Haushaltsplan nun 101.378.000€ Erträge und 104.938.000€ Aufwendungen vor, somit entsteht ein weiteres Defizit von 3.560.200€ und so werden die allgemeinen Rücklagen weiter verringert.

Die BmU hat wie in jedem Jahr ihre Haushaltsrede auf ihrer Internetseite zur Verfügung gestellt..

Die von SPD und Grünen erneut ins Gerede gebrachte Bedürfnisfeststellung für eine Gesamtschule oder die vorgezogene Neuaufstellung des Schulentwicklungsplanes werden von der BmU abgelehnt. Wer die Gesamtschule will, muss auch dafür sein, dass Hauptschule, Realschulen und eines der Gymnasien geschlossen werden wird. Warten wir doch in diesem Jahr erst mal die noch unbekanntenen Reformen ab, die am „Runden Tisch“ auf Landesebene für das Gymnasium besprochen wurden.

**Der Haushalt der Stadt Erkrath wurde einstimmig angenommen. Dieses einmalige Ereignis ist nicht zuletzt auch der Politik der BmU zu verdanken.** Es kann nun also vorangehen!

Kurz aus der Haushaltsrede festhalten möchte ich:

Auch weiterhin hat die BmU neben einer soliden Finanzpolitik einen Fokus auf

-die Umsetzung des **Stadtentwicklungskonzeptes**

-**Umweltschutz**: So wird das **Klimaschutzkonzept** umgesetzt und ein Klimamanager eingestellt, wobei auf BmU-Initiative kritischer die Fernwärme-Preisgestaltung untersucht werden soll. Und auch das **Radverkehrskonzept** und der **Lärmschutzaktionsplan II** gilt es umzusetzen.

-**Bildung und Schulentwicklung**: Es war richtig, dass die BmU 2014 im ASS die Erstinitiative zur Unterstützung der **Inklusion** in die Haushaltsberatungen eingebracht hatte, mittlerweile wendet Erkrath hier 127.000€ auf. Weiterhin unterstützt sie die Planungen zu **Grundschulneubauten in Sandheide und Alt-Erkrath**. 1 Mio. € gibt die Stadt jährlich für die **OGS-Betreuung** aus. 2016 wird ein neuer **Schulentwicklungsplan** in Auftrag gegeben, bis dahin hat sich der alte bewährt. Wer, wie Grüne und SPD, eine Elternbefragung zu Sekundarschule und Gesamtschule fordert, muss auch sagen, welche Schulen er dafür schließen möchte. Das muss in der ganzen Eltern- und Bürgerschaft diskutiert werden. Der Zuschussbetrag beträgt für den Schulbereich 8,9 Mio €.

-**Sport**: Für die Erhaltung der Sportstätten und für die Sportförderung werden 1,3 Mio aufgewendet.

-**Soziales**: Es ist wichtig, dass die ersten Schritte für das Projekt „Soziale Stadt“ eingeleitet worden sind. Die BmU hat mit dafür gesorgt, dass Erkrath weiterhin die Schuldnerberatung

und das Sozialkaufhaus Rundum sowie verschiedene Maßnahmen im Präventionssektor unterstützt. Die Flüchtlingsbetreuung wird personell gestärkt und auf BmU-Initiative wird zur Vermeidung von Obdachlosigkeit eine halbe Stelle eingerichtet.

Seit 2008 muss die Stadt 120.000 mehr für Soziale Hilfen und mehr als eine halbe Mio für die Flüchtlingsbetreuung aufwenden. Insgesamt entsteht ein Zuschussbedarf von 1,7 Mio.

**-Jugendhilfe und Kinderbetreuung:** Durch gestiegene Fallzahlen muss im Vergleich zu 2012 eine halbe Mio mehr für die teil- und vollstationäre Jugendhilfe ausgegeben werden.

Zudem zeigt sich in diesem Haushaltsbereich am deutlichsten, wie die Anforderungen und Richtlinien an die Städte immer mehr steigen, Aufgaben und finanzielle Lasten werden von Bund, Land, Landschaftsverband, Jobcenter nach unten durchgereicht. Die Kinderbetreuung in Tagespflege und Kitas wurde in den letzten Jahren massiv bedarfsgerecht ausgebaut, ohne dass dies aber durch das Land voll gegenfinanziert wäre. 6 Mio muss Erkrath hier zuschießen, 2,3 Mio mehr als 2008. Trotz dieser Finanzlücke hat sich die BmU für die Erhöhung der Tagespflege-Entlohnung ausgesprochen, um diese fair zu gestalten.

Insgesamt beträgt der Zuschussbedarf in diesem Bereich insgesamt 13 Mio, das sind 5 Mio mehr als 2008 und somit mehr als das Defizit 2015 ausmacht.

Für einen Konnexitätsbericht, der darüber Auskunft gibt, welche Kosten durch Bundes- und Landesgesetzgebung der Kommune entstehen, konnte die BmU in der Vergangenheit keine Mehrheit erzielen.

Es muss festgestellt werden, dass die Politik in Erkrath insgesamt nur in kleinen Teilen Einfluss auf die Haushaltsgestaltung hat. Vieles sind Pflichtaufgaben. So sind von den 105 Mio Aufwendungen 42 Mio für Transferleistungen (Gewerbesteuerumlage/Fonds dt. Einheit; Kreisumlage; Umlagen für Berufskollegs, Krankenhäuser, Wasserverband usw.), 30 Mio für Personal und Ruhestandsversorgung, 6,1 Mio für bilanziellen Abschreibungen, 1,4 Mio für Zinsen (glücklicherweise momentan ja sehr günstig) oder 6,5 Mio für Sozialleistungen.

Wenn in Zukunft die weitere Verschuldung, welche in einigen Jahren sonst in den Nothaushalt (und somit die Handlungsunfähigkeit) führt, aufgehalten werden soll, hätte die Politik die Möglichkeit, die (Grund-/Gewerbe-) Steuern anzuheben oder Leistungen stark einzuschränken („Sparen“). Auf beides wird 2015 verzichtet.

Daher ist es aus Sicht der BmU auch so wichtig, die Einnahmeseite durch Ansiedlung von steuerkräftigen Unternehmen zu stärken. Hier müssen Flächen bereitgehalten werden.

Und auch weiterhin sammelt die BmU unter [www.erkrath-spart.de](http://www.erkrath-spart.de) Spar-Anregungen aus der Bürgerschaft.

## **Die BmU und die Bürgermeisterwahl 2015**

Vor der Kommunalwahl 2014 gab es Überlegungen, nur mit einem unabhängigen Kandidaten zur Bürgermeisterwahl anzutreten, wenn das Ergebnis über 20% wäre, realisiert wurden 17,7%.

B. Osterwind hatte schon 2014 erklärt, dass er nicht zu einer Kandidatur bereit stünde.

Eine MV hatte daraufhin den Vorstand beauftragt, eine geeignete Person zu finden.

B. Osterwind und C. Ritt hatten dann Kontakt mit einem sehr geeigneten Kandidaten, der uns dann aber wegen beruflicher Veränderungen eine Absage gegeben hat.

Eine Alternative hat sich nicht aufgezeigt.

Es bleibt festzustellen, dass es keine offizielle oder geheime Absprache mit der CDU gibt, keinen BmU-Kandidaten ins Rennen zu schicken.

## **Strategie, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation**

Prof. Manfred Liepach hat damit begonnen, Zielvereinbarung für die BmU-Fraktion zu erarbeiten, er führt mit den Vertretern der verschiedenen Themenbereiche Gespräche. Ziel ist eine weiterentwickelte Umsetzungsstrategie für unsere Arbeit.

Nach einer längeren Umbauphase und einer Investition in ein neues System wurde im April die neue Homepage der BmU in Betrieb genommen.

Dieses ist ein Schritt, um die BmU-Positionen, die von der Presse kaum oder z.T. auch schief dargestellt werden, in die Öffentlichkeit zu tragen.

Insbesondere unsere Bekanntheit bei Neubürgern und Jungwählern müssen wir im Blick haben.

Unsere Öffentlichkeitsarbeit bedarf einer breiteren Unterstützung und Mitarbeit; z.B. bei Leserbriefen und in Facebook (BmU Facebook-Seite bzw. Forum Erkrath).

Auch weiterhin müssen andere Informationswege überdacht werden (Wiederbelebung des BmUletters? BmU-Zeitung?). So bietet sich aktuell auch an, einen kurzen zweiseitigen Rechenschaftsbericht in den Wahlbezirken zu verteilen.

Positiv ist die Pflege der Schaukästen, die offensichtlich von vielen Passanten wahrgenommen werden.

Weiterhin positiv ist unser Mitgliederstand, im April 2015 waren dies 86.

Allen Mitgliedern einen herzlichen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen.

Auch die Finanzierung durch die fast ausschließliche Finanzierung durch die Spenden der Ratsmitglieder ist vorbildlich. Wenigstens 60% ihrer Aufwandsentschädigung spenden diese - einige auch deutlich mehr- an die BmU e.V.

Insbesondere möchte ich mich bei allen Aktiven bedanken und bei allen Mitgliedern des BmU-Vorstandes für die breite Unterstützung. Bei Wolfgang Schriegel für die intensiven Verwaltungstätigkeiten, bei Rainer Hustädt für den Durchblick durch unsere Finanzen, für Bernhard Osterwind für seine allgemeine Übersicht, bei Wolfgang Cüppers, Manfred Liepach, Thomas Spiritus sowie Matthias Wille für ihre Ratschläge. Einen herzlichen Dank auch an Peter Müller, der aus eigenem Wunsch aus dem Vorstand ausscheidet, für seine Mitarbeit bisher.

für den Vorstand

Erkrath 03.05.2014

Christian Ritt

Vorsitzender

*BmU e.V.* – Bürger mit Umweltverantwortung – Unabhängige Wählergemeinschaft in Erkrath

